

Fraktion intern



## NEUSTART EU?

**Corona-Aufbaufonds,  
Haushalt: Solidarischer  
Aufbruch?**

SEITE 6

**Katarina Barley und  
Achim Post über die EU  
in der Corona-Pandemie**

SEITE 14

**Wie das  
soziale Europa  
aussehen muss**

SEITE 23



ROLF MÜTZENICH  
MdB  
Vorsitzender der  
SPD-Bundestagsfraktion

## Wir brauchen mehr Europa

**Nicht nur die Corona-Krise erfordert, dass wir gemeinsam mit unseren EU-Partnern handeln. Mehr Integration ist in allen Bereichen nötig, um für die Zukunft gerüstet zu sein.**

Die Corona-Pandemie ist eine beispiellose gesundheitliche, ökonomische und soziale Krise. Und sie ist eine Krise, die wir nicht im Alleingang lösen können. Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern können wir das Virus wirksam eindämmen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abfedern und uns neu aufstellen.

Wir brauchen Europa aber nicht nur zur Bewältigung der Pandemie, sondern für alle epochalen Herausforderungen unserer Zeit. Nur auf europäischer Ebene gibt es sinnvolle Antworten auf den Klimawandel, wie wir Nachhaltigkeit und gute Arbeit zusammenbringen und die Transformation in eine neue Arbeitswelt gestalten, und nicht zuletzt darauf, wie Europa in einer teils auseinanderbrechenden internationalen Ordnung bestehen und souverän für seine Werte und Interessen eintreten kann.

Im Juni letzten Jahres, als das Corona-Virus sich in Europa ausbreitete, übernahm Deutschland die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union. Während dieser zweiten Jahreshälfte rauchten sich die Mitgliedstaaten zusammen und verabschiedeten ein historisches solidarisches Konjunkturpaket, das die Wirtschaft europaweit ankurbeln wird und das die Basis dafür legt, dass die EU gestärkt aus der Krise kommt. Das Paket, das aus Haushalt und Corona-Aufbaufonds besteht, umfasst die gewaltige Summe von 1,8 Billionen Euro. Insbesondere der Aufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro, für den die EU-Kommission erstmals gemeinsame Schulden aufnehmen darf, ist eine bedeutende Errungenschaft sozialdemokratischer Europapolitik. Bundesfinanzminister Olaf Scholz war maßgeblich an der Durchsetzung dieses Fonds beteiligt. Anders als in vergangenen Krisen haben wir gezeigt, dass Europa

sich nicht auseinanderdividieren lässt, sondern in der Krise solidarisch zusammensteht und mutig voranschreitet. Auch bei der Impfstoffbeschaffung war es richtig, gemeinsam zu handeln, denn im Alleingang wäre am Ende niemand stärker gewesen. Die EU-Kommission hat dabei sicherlich Fehler gemacht. Diese Fehler dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass wir bereits 2020 eine einzigartige Grundlage geschaffen haben, um gemeinsam einen neuen Aufbruch für Europa zu gestalten.

Es geht jetzt darum, diesen solidarischen Wiederaufbau zu starten. Die Gelder müssen konsequent in Klimaschutz und Digitalisierung fließen und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben. Bis 2050 will die EU klimaneutral sein. Wir wollen, dass bei dem dafür notwendigen Wandel alle mitgenommen werden. Deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, dass Regionen, die darunter leiden, etwa bei der Schließung eines Kohlekraftwerks, finanziell unterstützt werden. Der Ausbau der sozialen Rechte in Europa steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz oben auf der Agenda. Eine gemeinsame Lohnuntergrenze, die sich am Durchschnittseinkommen orientiert, würde Lohndumping entgegenwirken und Armut verringern. Und eine gemeinsame Arbeitslosenrückversicherung könnte weitere Krisen abfedern und die Volkswirtschaften stabilisieren.

Auch wenn die Mitgliedstaaten gerade sehr mit sich selbst beschäftigt sind, dürfen sie nicht vernachlässigen, sich als Europäische Union souverän auf der internationalen Bühne zu behaupten. Sei es im Umgang mit Russland oder beim Wiederaufbau des transatlantischen Verhältnisses unter dem neuen US-Präsidenten. Denn nur als globaler Akteur können wir als EU unsere Werte nach Außen verteidigen und die geopolitischen Herausforderungen meistern. Ob Corona-Krise, Klimawandel, Wirtschaftswachstum oder Außenpolitik: Wir brauchen mehr Europa. Wir brauchen ein soziales und solidarisches Europa. Denn nur gemeinsam sind wir stark.

*Euer und Ihr Rolf Mützenich*

6 TITELTHEMA

7 CHANCEN  
FÜR EUROPA

★★★★★★

Kommt die Europäische Union gestärkt oder geschwächt aus der Corona-Krise?  
Wenn die Mitgliedstaaten es richtig anpacken, werden sie gemeinsam stärker.  
Der im vergangenen Jahr beschlossene Billionen-Haushalt samt  
Corona-Aufbaufonds liefert dafür die solidarische Basis.  
Sieben Gründe, warum jetzt ein neuer Aufschwung für Europa möglich ist.

10 EXPERTENRAT

QUO VADIS EUROPA?

Rechtsextremismus, Impfdebakel, Flüchtlingslager: Martin Schulz, Tiemo Wölken und Delara Burkhardt blicken auf Bilder, die den Kontinent bewegen – und sagen, was passieren muss.



MARTIN SCHULZ  
MdB, Ex-Präsident des  
Europäischen Parlaments



TIEMO WÖLKEN  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments



DELARA BURKHARDT  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments

INHALT



14 INTERVIEW

»EU-Kommission  
handelt zu wenig  
transparent«

Vize-Europaparlamentspräsidentin Katarina Barley (SPD) und SPD-Fraktionsvizechef Achim Post kritisieren die Rolle der Kommission bei der Impfstoffbeschaffung. Deren „Geheimniskrämerei“ schade der EU. Europa habe während der Krise aber auch Großes geleistet.

20 RUSSLAND

Eine gemeinsame  
Ostpolitik

Es muss eine „Ein-Europa-Politik“ gegenüber Moskau geben. Diese soll Teil einer ambitionierten europäischen Ostpolitik sein. – Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt und MdB

22 GREEN DEAL

Klimaschutz für alle

Bis 2050 soll Europa klimaneutral wirtschaften. Dieser Umbau ist dringend nötig, aber er muss sozial abgefedert werden. – Claudia Tausend, MdB

23 SOZIALPOLITIK

Schleichender  
Fortschritt

Gemeinsame soziale Mindeststandards gibt es bisher kaum in der EU. Das müsse sich ändern, auch um Sozial-dumping zu verhindern. – Christian Petry, MdB

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion  
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB,  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff  
Redaktionsschluss: 17. März 2021

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00  
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Ariane Förschler, Lars Sembach  
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:  
S. 3 photothek (Rolf Mützenich) S. 5 picture alliance / dpa / Marijan Murat (Impfstoff) S. 6 Shutterstock / Maps Expert (Europakarte)  
S. 10 Susie Knoll (Martin Schulz), Juso Bundesverband (Delara Burkhardt), Jonathan Fafengut (Tiemo Wölken) S. 11 – 13 picture alliance / dpa: Thibault Camus (Merkel, Macron), AP / Luca Bruno (Nationalistische Parteien Europas), AP / PA Wire / Jessica Hill / Liam Mcburney (Impfstoff), PA Wire / Stefan Rousseau (Boris Johnson), Guido Kirchner (Tönnies), Filip Singer (Flüchtende), Bernd von Jutrczenka (Viktor Orban), BELGA / Charlotte Gekiere (Greta Thunberg), Istockphoto / BurAnd (Gurke)  
S. 14 Getty Images / photothek / Thomas Koehler / Kontributor (Katharina Barley) S. 15 photothek (Achim Post) S. 16 picture alliance / dpa / Pool Reuters / AP / Johanna Geron (Ursula von der Leyen) S. 18 picture alliance / dpa / APA / Barbara Gindl (Grenzkontrollen) S. 20 Michael Farkas (Michael Roth) S. 21 picture alliance / dpa / Moscow City Court (Navalny) S. 22 Marion Hogl (Claudia Tausend) S. 23 Benno Kraehahn (Christian Petry)

# 7 CHANCEN FÜR EUROPA



Der Ärger über die Probleme bei der Beschaffung von Impfstoffen verstellt den Blick auf das, was die Europäische Union im vergangenen Jahr erreicht hat: Die Mitgliedstaaten einigten sich auf ein historisches Wiederaufbaupaket, das die Grundlage für ein solidarisches, ökologisches und digitales Europa legt. Sieben Gründe, warum die EU deshalb gestärkt aus der Corona-Krise kommen kann.

**D**er Beginn der Corona-Pandemie vor einem Jahr hat den europäischen Kontinent vor bisher nicht gekannte Herausforderungen gestellt. Die Frage, wie sich die Ausbreitung des Virus in den Griff bekommen lässt, hält Politiker und Fachleute seitdem in Atem. Zum Schutze der Gesundheit wurden Freiheitsrechte eingeschränkt in einem Maße, wie man sich das vor Beginn der Seuche wohl kaum hätte vorstellen können.

Dass die EU bei der Bewältigung einer Pandemie, die sich nicht an nationale Grenzen hält, eine wichtige Rolle spielen müsste, ist wohl eindeutig. Zuletzt machte die EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen (CDU) bei der Impfstoffbeschaffung jedoch eher keine gute Figur. Bei der federführend an die EU-Kommission übertragenen Beschaffung der Impfstoffe gab es massive Probleme. Zu wenig wurden bestellt, zu spät wurden jene, die bestellt wurden, geliefert. Gleichzeitig rütteln Grenzkontrollen an den Grundfesten des Binnenmarkts. Die letzten Wochen waren schwierige Wochen für Europa.

Wie sehr schwächt die Pandemie die EU insgesamt? Wie wird sie diese Krise überstehen? Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) beschönigt nichts. Es sei „nicht mit der nötigen Energie und Forschung gehandelt worden, um ausreichend Impfstoffe für Europa zu beschaffen“, sagt er. Das spreche aber nicht gegen Europa. Im Gegenteil: „Es

spricht dafür, Europa stark zu machen, und das tun wir“. Außenminister Heiko Maas (SPD) sieht das ähnlich und spricht eine Warnung aus: Das „tägliche Krisenmanagement“ dürfe nicht den Blick verstellen auf die Frage wie Europa dauerhaft aus dieser Krise gestärkt hervorgehen könne. Dies werde allerdings nur gelingen, „wenn wir den im letzten Jahr eingeschlagenen solidarischen Kurs fortsetzen werden“, so Maas.

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben die EU-Staaten 2020 die Basis dafür geschaffen, dass Europa sich nach dem Brexit und nach Ende der Corona-Pandemie neu aufstellen kann. Mitten in der Krise raufte sie sich zusammen, um ein historisches Wiederaufbaupaket zu schnüren, mit gemeinsamen Zukunftsinvestitionen, die so noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wären.

Der neue Billionenhaushalt der EU stellt Digitalisierung, Klimaschutz, Rechtsstaat und Gesundheit in den Vordergrund. Und der Corona-Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro wird erstmals über eine gemeinsame Kreditaufnahme finanziert, ein Novum, das klar Ausdruck europäischer Solidarität ist und die Handschrift der europäischen Sozialdemokratie trägt. Mit dem Aufbaufonds werde „nicht nur diese Krise bekämpft, es werden auch die Grundlagen für eine bessere Zukunft in Europa gelegt“, sagt Olaf Scholz, der maßgeblich an dessen Realisierung beteiligt war. Das Paket bietet sieben Chancen für Europa.

## 1.

### Größtes Konjunktur- und Zukunftspaket aller Zeiten

Insgesamt stehen für die wirtschaftliche Erholung Europas nach der Corona-Krise 1,8 Billionen Euro bereit. Der Haushalt steuert von 2021 bis 2027 eine Summe von 1074 Milliarden Euro zu. Dazu kommt der Corona-Aufbaufonds namens „NextGenerationEU“, über den EU-Mitgliedstaaten kurzfristig insgesamt 750 Milliarden Euro erhalten. Es ist das größte Konjunkturpaket, das je aus dem EU-Haushalt finanziert wurde. Eine hohe Summe, mit der die Wirtschaft in ganz Europa kräftig angekurbelt wird.

Kurzfristig helfen die Mittel aus dem Aufbaufonds: 672,5 Milliarden Euro sollen vor allem an die am schwersten von der Corona-Krise betroffenen EU-Staaten verteilt werden, um die Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Davon gibt es 312,5 Milliarden als nicht rückzahlbare Zuschüsse und bis zu 360 Milliarden Euro als Darlehen.

Italien kann nach Schätzungen 65,5 Milliarden Euro allein an Zuschüssen bekommen, Spanien rund 59 Milliarden Euro. Auch Deutschland kann mit rund 25 Milliarden Euro Zuschüssen rechnen.



# 2.

## Fit für die Zukunft: Ein ökologischer und digitaler Umbau

Sowohl der Haushalt als auch der Corona-Aufbaufonds sind daran gebunden, dass ein wichtiger Anteil der Gelder für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung eingesetzt wird. Damit trägt das Konjunkturpaket dazu bei, dass die europäische Wirtschaft nachhaltig umgebaut wird und besser auf die Herausforderungen und Chancen des ökologischen und digitalen Wandels vorbereitet ist.

30 Prozent des Gesamthaushalts – statt wie bisher 20 Prozent – müssen in den Klimaschutz fließen. Für Digitalisierung und Biodiversität wurde eine zusätzliche Quote eingeführt, die ab 2026 zehn Prozent des Gesamthaushalts beträgt.

Auch die Mittel des Aufbaufonds sind an Investitionen in Digitalisierung und Umweltschutz geknüpft. Um das Geld zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten der EU-Kommission konkrete Pläne für diese wichtigen Bereiche vorlegen. So kann ein Europa entstehen, das umweltfreundlicher, digitaler, und widerstandsfähiger ist.

# 3.

## Europa hält zusammen

Um den Corona-Aufbaufonds zu finanzieren, darf die EU-Kommission erstmals in größerem Ausmaß eigenständig Kredite aufnehmen. Das kommt insbesondere den wirtschaftlich schwächeren Staaten zugute, die sich sonst zu schlechteren Bedingungen verschulden müssten. So stehen die EU-Staaten solidarisch füreinander ein – anders als während der Finanzkrise 2008/2009. Stark getroffene Länder wie Griechenland litten damals sehr unter ihrer hohen Verschuldung – was auch für Länder mit starker Exportwirtschaft, etwa Deutschland, große Nachteile brachte.

„Anders als in vergangenen Krisen haben die Mitgliedstaaten gezeigt, dass Europa sich nicht auseinanderdividieren lässt, sondern in der Krise zusammensteht und mutig voranschreitet“, sagt Achim Post, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Zwar wurde der Kommission von den Mitgliedstaaten nur im Rahmen des Corona-Aufbaufonds die Erlaubnis übertragen, gemeinsame Kredite aufzunehmen. Dennoch ist es ein großer Integrationsschritt. Olaf Scholz sieht in ihm sogar den „Startschuss“ für eine europäische Fiskalunion.

Die Kredite werden zunächst aus dem EU-Haushalt zurückgezahlt, zusätzlich werden aber auch neue gemeinsame Steuern eingeführt (siehe Punkt 4).

# 4.

## Gemeinsame Steuern

Noch kann die EU nicht selbstständig Steuern erheben, dieser wichtige Baustein einer Fiskalunion fehlt noch. Als ersten Schritt einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, zum 1. Januar 2021 eine Steuer auf Plastikabfälle einzuführen. Alle EU-Länder sollen ab Januar für jedes Kilo nicht recycelten Plastik-Verpackungsmülls zahlen. Das soll dem EU-Haushalt 5,7 Milliarden Euro bringen.

Weitere EU-weite Steuern sind geplant. Insbesondere eine Digitalsteuer wäre so sinnvoll wie lukrativ. Idealerweise wäre diese in einen weit größeren internationalen Rahmen eingebettet. Bundesfinanzminister Olaf Scholz treibt dieses Projekt schon länger bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) voran. Doch während der Präsidentschaft von Donald Trump stellten sich die USA quer. Jüngst aber signalisierte die neue Regierung unter Joe Biden Unterstützung, eine Einigung bis zum Sommer scheint damit greifbar.

Nur gemeinsam Aufgaben schultern, ohne gemeinsame Einkünfte oder Finanzierungsformen zu entwickeln, werde nicht gehen, so Finanzminister Olaf Scholz. Deshalb müsse die europäische Integration hier einen entscheidenden Schritt nach vorne machen.

# 5.

## Mehr Demokratie

In einigen Mitgliedstaaten der EU kommt es immer wieder zu Verstößen gegen rechtsstaatliche Grundsätze. In Polen etwa weitet die Regierung ihren Einfluss auf das Justizsystem immer weiter aus, und Ungarns Premier Viktor Orbán beschneidet die Pressefreiheit in seinem Land. Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken und die Demokratie zu stärken, wurde mit dem neuen Haushalt der EU ein „Konditionalitätsmechanismus“ eingeführt. Dieser verknüpft die Auszahlung von Mitteln aus dem EU-Haushalt erstmals mit der Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards.

Bei Verstößen können Staaten künftig EU-Gelder gestrichen werden. Vereinbart wurde, dass der Mechanismus nicht nur dann angewendet wird, wenn EU-Gelder wie in Fällen von Korruption oder Betrug direkt missbraucht werden. Er soll vielmehr auch bei systemischen Verstößen gegen die für alle Mitgliedsstaaten geltenden EU-Grundwerte angewandt werden. Zu diesen Grundwerten zählen Freiheit, Demokratie, Gleichheit und die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten.



# 6.

## Sozialer Ausgleich

Im EU-Haushalt und dem Corona-Aufbaufonds sind auch soziale Maßnahmen enthalten. Mit dem Programm SURE etwa werden in ganz Europa Kurzarbeitsprogramme unterstützt, damit in der Krise möglichst viele Arbeitsplätze gerettet werden können. Mitgliedstaaten können dazu Finanzhilfen in Form von EU-Darlehen zu günstigen Bedingungen erhalten. Insgesamt wurden bis zu 100 Milliarden Euro für alle 27 Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Bisher ist SURE nur ein zeitlich begrenztes Programm zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie. Die SPD-Fraktion setzt sich jedoch dafür ein, dass eine dauerhafte europäische Arbeitslosenversicherung entwickelt wird.

Die ökologische Transformation muss auch sozial gerecht sein. Deshalb wurde ein Fonds eingerichtet, um Regionen beim ökologischen Umbau zu unterstützen, wie etwa bei der Stilllegung von Kohlekraftwerken. Er ist mit 17,5 Milliarden Euro ausgestattet, die aus dem Haushalt und aus dem Corona-Aufbaufonds kommen.

# 7.

## Gesundheitskrisen verhindern

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig die europäische Kooperation insbesondere auch im Gesundheitsbereich ist. Der Haushalt der EU trägt dem mit dem „EU4Health“-Programm Rechnung. 9,4 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, um unter anderem das europäische Krisenmanagement zu verbessern, Arzneimittel günstiger und breiter verfügbar zu machen und die Gesundheitssysteme auf künftige Pandemien vorzubereiten.

Über das Programm soll etwa eine Reserve an Gesundheitspersonal und Experten finanziert werden, die mobilisiert werden kann, um Gesundheitskrisen in der gesamten EU zu verhindern oder schnell darauf zu reagieren, und um Gesundheitsfachkräfte für den Einsatz in der gesamten EU zu schulen. Zudem plant die EU-Kommission eine neue, eigene Gesundheitsbehörde namens Hera (Health Emergency Response Authority) zu gründen, die Risiken für Pandemien frühzeitig erkennen und deren Bekämpfung in Europa koordinieren soll.

# QUO VADIS EUROPA



MARTIN SCHULZ  
MdB, Ex-Präsident des  
Europäischen Parlaments



TIEMO WÖLKEN  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments



DELARA BURKHARDT  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments

**Flüchtlingslager, Impfdebakel, Rechtsextremismus: Wir haben Martin Schulz, Delara Burkardt und Tiemo Wölken Fotos mit wichtigen Herausforderungen für die EU gezeigt. Sie reagieren in einem Video spontan darauf – und beantworten eine Frage. Hier drucken wir ein Best of.**  
– Den gesamten Film finden Sie unter [www.youtube.com/spdfraktion](https://www.youtube.com/spdfraktion)



## Martin Schulz zu... Merkels Europapolitik

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Emmanuel Macron, engagierter Pro-Europäer mit vielen Ideen, und die Regierungschefin eines Landes, die jetzt den in ihrer Amtszeit vierten französischen Staatspräsidenten umarmt und küsst. Sehr weit fortgeschritten ist die deutsch-französische Kooperation nicht. **Welches Vermächtnis hinterlässt Angela Merkel in Europa?** Bei der Flüchtlingspolitik hat Angela Merkel gegenüber den Radikalen in Europa Haltung gezeigt. Ansonsten fasst sich ihre europapolitische Bilanz in diesem Satz von ihr zusammen: „Wir fahren auf Sicht“. Meine Einschätzung dazu hat sich im Laufe der Jahre nicht verändert: Auf Sicht fahren Leute, die im Nebel fahren. Wir brauchen aber in der Europa-Politik keinen Nebel, sondern klare Sicht voraus.



## Delara Burkhardt zu ... Rechtsextremismus

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Geert Wilders, Matteo Salvini, Jörg Meuthen, und Marine le Pen. Da steht die vereinte Rechte Europas. **Wie kann die EU die Rechtsextremen bekämpfen?** Wir haben viel zu lange immer nur auf ihre Themen reagiert. Bei der Migrationspolitik zum Beispiel. Ich glaube aber, dass die Pandemie deutlich zeigt, dass sie keine Antworten auf nur irgendein Problem in Europa haben. Und ich würde mir wünschen, dass wir uns nicht an ihren Forderungen abarbeiten, sondern genau dort ansetzen, wo Europa Schwächen hat und neue, eigene Antworten geben. Anstatt uns darauf zu konzentrieren, Europa vor den Rechten zu verteidigen, sollten wir es besser machen.

## Tiemo Wölken zu ... Impfstoffbeschaffung

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Ich sehe einen Impfstoff gegen das Corona-Virus. Das löst bei mir gemischte Gefühle aus. Einerseits freue ich mich, dass wir als Europäer und Europäerinnen gemeinsam Impfstoff beschafft haben. Andererseits haben wir dabei natürlich auch viele Probleme gesehen. Gerade als Parlamentarier macht mich das Verfahren sehr wütend, weil es völlig intransparent abgelaufen ist. **Hat Europa bei der Impfstoffbeschaffung versagt?** Die EU macht in der Gesundheitspolitik nichts ohne die Mitgliedstaaten, weil sie in dem Bereich keine alleinige Kompetenz hat. So hat die Kommission die Verhandlungen mit den Herstellern ja nicht alleine geführt, sondern in enger Rücksprache mit den Mitgliedstaaten. Und deswegen sind das Fehler, die gemeinsam von der Kommission mit den Mitgliedsstaaten gemacht wurden.







### Tiemo Wölken zu ... Bürokratie in Europa

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Eine Gurke. Dieses Bild amüsiert mich, denn es wird natürlich einerseits mit einem Lebensmittel verbunden, andererseits ist es ein sehr bekanntes Sinnbild für europäische Bürokratie. **Die Gurke steht für absurde Regelungen aus Brüssel. Zurecht?** Die europäische Bürokratie ist, wenn man sie sich genau anschaut, gar nicht so überbordend. Natürlich gibt es immer wieder Regelungen, bei denen man sich in den Kommunen fragt: Was soll das eigentlich? Aber die gemeinsamen Richtlinien dienen am Ende dazu, dass Regeln überall in der Europäischen Union gleich umgesetzt werden und bei allen Menschen gleich ankommen. Die europäische Bürokratie ist nicht schlimmer als jene, die wir auch im Föderalismus in Deutschland produzieren.



### Martin Schulz zu... Ausbeutung

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Das Firmenschild der Firma Tönnies. Da kommt mir die hemmungslose Ausbeutung von Menschen in den Kopf, die unter wirklich unwürdigen Bedingungen arbeiten mussten. Dass Hubertus Heil da eingeschritten ist, war absolut richtig. **Warum bleibt das soziale Europa auf der Strecke?** Die meisten Mitgliedsstaaten werden konservativ oder liberal regiert in Europa. Die haben an einem geordneten sozialen Arbeitsmarkt kein Interesse. In den Zentralen dieser Regierungen bleibt das soziale Europa auf der Strecke. Eine gemeinsame Lohnuntergrenze etwa würde schon einmal dazu führen, dass die Arbeitsmigration auf der Grundlage von Lohndumping aufhören würde.



### Martin Schulz zu... Boris Johnson

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Das ist Boris Johnson, einer der dreistesten und egozentrischsten und damit auch gefährlichsten Politiker, die mir in meinem politischen Leben begegnet sind. **Wie steht die EU nach dem Brexit da?** Man sieht, wer hier geschwächt wird, nämlich Großbritannien. Sie können das an der Flucht britischer Unternehmen aus Großbritannien auf das Festland sehen in den europäischen Binnenmarkt hinein. Es gibt auch europäische und deutsche Unternehmen, die zurzeit Verluste erleiden, weil sie umfassende Geschäfte mit Großbritannien machen. Aber die sind kompensierbar. Das Bittere ist nicht dieser Typ, Boris Johnson. Sondern dass die Bürgerinnen und Bürger in seinem Land den Preis dafür bezahlen werden müssen. Unter Umständen wird das Vereinigte Königreich auseinanderbrechen.



### Delara Burkhardt zu ... Flüchtlingspolitik

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Das ist das größte Versagen Europas. Menschen, die in Rettungswesten an der Küste stehen. Wir sind eine Gemeinschaft, die auf Menschenrechten basiert, und wir schaffen es nicht, das Menschenrecht auf Asyl an unseren Außengrenzen zu gewähren. **Wann macht Europa endlich eine humanitäre Migrationspolitik?** Klar ist, dass das eben nicht durch eine Festung Europa passieren kann, sondern dass wir dafür sorgen müssen, dass wir einen solidarischen Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Geflüchteten haben. Ungarn, Polen, aber auch andere konservative Regierungen müssen aufhören, zu blockieren, eine gemeinschaftliche Lösung zu finden.



### Martin Schulz zu ... Viktor Orbán

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Ach du Schande! Herr Viktor Orbán, ungarischer Premier, ist der Erfinder eines Kampfbegriffs: illiberale Demokratie. Was im Klartext nichts anderes heißt als gelenkte Demokratie à la Putin. Im Prinzip sind das geistig Verwandte. **Orbán macht Stimmung gegen Europa und beschädigt die Demokratie in Ungarn. Wie gefährlich ist er für Europa?** Orbáns Strategie ist ja folgende: Wir sind ein stolzes Volk, seit jeher unterdrückt worden durch den Kreml, jetzt aus Brüssel. Dreimal hat er so die Wahl gewonnen. Mit antisemitischen Untertönen, wenn man an die Soros-Kampagne denkt. Er bleibt immer in einer Grauzone, in der er sagen kann „habe ich nicht so gemeint“. Wenn nur eines erhalten bleibt: Der Geldfluss aus Brüssel. Damit finanziert er seine Klientel, die seine Macht im Land stabilisiert. Zerstören kann er Europa nicht. Der Geist, den er freisetzt, der ist gleichwohl sehr gefährlich.

### Tiemo Wölken zu ... Greta

**Was sehen Sie auf dem Bild?** Die Aktivistin Greta gibt der Generation, die gegen den Klimawandel kämpft, ein Gesicht und eine Stimme. Und damit bewirkt sie etwas ganz Tolles, nämlich dass junge Menschen in der Politik endlich wahrgenommen werden. **Greta findet den European Green Deal völlig unzureichend. Hat sie recht?** Das kann man so noch gar nicht sagen. Die Position, die das Europäische Parlament beschlossen hat, bis 2030 mindestens 60 Prozent Treibhausgase einzusparen in der Europäischen Union, ist ambitioniert. Wir wissen allerdings noch nicht, wie am Ende das Reduktionsziel ausgestaltet wird, weil die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten noch laufen. Es geht in die richtige Richtung, aber der Kampf ist natürlich noch nicht zu Ende.





# »DIE EU-KOMMISSION HANDELT ZU WENIG TRANSPARENT«

Die stellvertretende Präsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley (SPD), und der Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, Achim Post, üben Kritik an Kommissionschefin Ursula von der Leyen wegen der Probleme bei der Impfstoffbeschaffung. Dennoch ist für beide klar: Nur Europa kann uns aus der Krise führen.



Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist eine große Herausforderung für die Europäische Union. Nicht nur die gemeinsame Impfstoffbeschaffung steht stark in der Kritik. Es wurden auch nationale Grenzkontrollen eingeführt, ein sensibles Thema in einem Binnenmarkt mit freiem Waren- und Personenverkehr. In seinem Büro im Bundestag erklärt Achim Post, warum offene Grenzen so wichtig sind. Katarina Barley ist aus ihrem Wahlkreis in Trier per Video-Konferenz zugeschaltet.

**Fraktion intern: Die Grenzkontrollen rütteln an den Grundfesten Europas, oder?**

**Achim Post:** Ganz so weit würde ich nicht gehen. Offene Grenzen in Europa sind elementar wichtig, und wir müssen alles tun, um offene Grenzen zu erhalten. Die aktuell erlassenen Grenzkontrollen sind aber angemessen mit Blick auf die Gefahr der Ausbreitung der Mutante. Das gilt für die von Dänemark durchgeführten Kontrollen an den Grenzübergängen zu Deutschland, aber auch für die von Deutschland eingeführten Grenzkontrollen zu Teilen der tschechischen Republik und Österreich. Dort wurden die betroffenen Landkreise auch innerhalb der Landesgrenzen isoliert. Solche Schritte müssen aber natürlich mit Augenmaß erfolgen. Und solche nationalen Grenzkontrollen im Schengenraum müssen sobald es die Situation ermöglicht zurückgenommen werden. Sie dürfen keinesfalls ein Dauerzustand werden.

**Frau Barley, Sie arbeiten im Europaparlament, sozusagen im Herzen Europas, wie sehen Sie das?**

**Katarina Barley:** Für mich sind Grenzkontrollen oder gar Grenzschließungen ganz sensible Themen. Nicht nur wegen meines Wahlkreises. Ich wohne quasi auf der luxemburgisch-belgisch-französischen

Grenze. Die letzten unkoordinierten Grenzschließungen im Frühling 2020 haben bei uns hier hohe Wellen geschlagen. Deswegen waren bei mir die Zeichen erst einmal auf Alarm, als Horst Seehofer die Grenzkontrollen ankündigte. Aber aktuell liegt der Fall anders. Es geht um regional abgegrenzte Gebiete, die auch innerhalb dieser Länder isoliert werden, um das Virus an der Verbreitung zu hindern. Im jüngsten Fall zwischen dem Saarland und dem französischen Departement Moselle hat es im Vorfeld auch enge grenzüberschreitende Abstimmung gegeben – davon wünsche ich mir in Zukunft noch mehr!

**Die Mutante breitet sich weiter aus: Könnten landesweite Grenzschließungen wie im vergangenen Jahr wieder notwendig werden?**

**Post:** Die unabgestimmten Grenzschließungen zu Beginn der Corona-Krise waren schlecht und falsch. Gerade die Mutante zeigt doch: Taucht sie irgendwo in der Europäischen Union auf, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sie sich auch in den Nachbarländern ausbreitet. Man kann die Herausforderungen einer solchen Pandemie nur gemeinsam stemmen: von der Impfstoffbeschaffung bis hin zum Grenzregime.



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) steht wegen Fehlern bei der europäischen Impfstoffbeschaffung stark in der Kritik.

**Barley:** Es kommt in der Tat auf die Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten an, und die gab es im Frühling nicht. Wir haben hier in der Region Trier zum Beispiel sehr enge Verflechtungen mit Luxemburg. Tausende Menschen pendeln jeden Tag. Als im Frühling plötzlich bewaffnete Bundespolizei an den Grenzbalken stand und Luxemburgern die Zufahrt verweigerte, fühlten sie sich brüskiert. Generell zeigten die letzten Monate, dass die regionale Eingrenzung von Hotspots des Infektionsgeschehens in der Regel viel wichtiger ist als die nationale.

**Sie sagen beide, dass die Pandemie auf europäischer Ebene gemanagt werden muss. Das wurde bei der Beschaffung der Impfstoffe versucht – und ist schiefgelaufen. Stand Mitte März hat Großbritannien 36,6 Prozent der Bevölkerung geimpft, wir sind erst bei acht Prozent. Wäre ein deutscher Alleingang besser gewesen?**

**Post:** Es war die richtige Entscheidung, dieses wichtige Thema gesamteuropäisch anzugehen. Dass ein Vorstoß nicht optimal läuft, kann auf bundespolitischer Ebene genauso passieren wie auf europäischer Ebene. EU-Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen ist meiner Meinung nach aber schon in der besonderen Pflicht. Sie muss erklären, warum der Impfstart zu langsam angelaufen ist. Ich weiß bis heute nicht, warum die Europäische Union bei den hunderten Millionen Impfdosen, die ihr ja offensichtlich von Biontech angeboten wurden, nicht sofort zugegriffen hat. Das muss sie erklären. Die Briten haben für Astra Zeneca eine sogenannte Notfallzulassung erteilt: eine umstrittene Entscheidung.

## » Krokodilstränen helfen uns jetzt nicht weiter «

ung. In meinem Umfeld beispielsweise gibt es viele Menschen – keine Corona-Leugner, keine Impfgegner, keine Fanatiker – die das sehr skeptisch sehen, dass ein Impfstoff so schnell zugelassen wird. Eine Notfallzulassung gibt weniger Sicherheit, und birgt die Gefahr, dass die Menschen dem Impfstoff nicht vertrauen.

**Barley:** Die Briten haben die Notfallzulassung vor allem gemacht, weil die Infektionslage dort so verheerend war. Aber es stimmt eben auch, dass die Europäische Kommission zu wenig transparent handelt und einer kritischen Aufarbeitung ihres Vorgehens wenig Raum gibt. Nicht einmal wir im Europäischen Parlament dürfen die Verträge mit den Impfstoffherstellern vollständig einsehen. Das ist ein Skandal. Diese Geheimniskrämerei schadet dem Ansehen der Europäischen Union.

**Was muss von der Leyen anders machen?**

**Post:** Allerspätestens jetzt muss Ursula von der Leyen dem Europäischen Parlament alle Informationen zur Verfügung stellen. Wir Abgeordneten sind diejenigen, die vom Volk direkt gewählt sind, der Bundestag und das Europäische Parlament. Und gerade wenn es so elementare Eingriffe in die Grundrechte gibt wie in dieser Krise, müssen wir mitreden dürfen. Auch Jens Spahn muss liefern: Denn es waren die nationalen Gesundheitsministerien, die bei der

Verhalten der Kommission insgesamt deutlich transparenter erfolgen. Krokodilstränen und zerknirshtes Auftreten helfen uns nicht weiter.

**Post:** Richtig. Wir wollen jetzt nach vorne gucken. Nur auf Druck der SPD-Fraktion ist der Impfgipfel der Bundesregierung zustande gekommen. Bei diesem Gipfel wurde vereinbart, dass wir jetzt regelmäßig ganz genau überprüfen, wie viele Dosen Impfstoff nach Deutschland

EU-Kommission mit an Bord waren, als die wichtigen Entscheidungen gefällt wurden. Jens Spahn hat also mitentschieden.

**Haben Kommission und Gesundheitsminister ihre Lektion gelernt?**

**Barley:** Ursula von der Leyen hat vor dem Europäischen Parlament Fehler eingestanden. Ob das ausreicht, ist eine andere Frage. Für entscheidend halte ich, dass Konsequenzen daraus folgen. Sie hat angekündigt, weitere Verträge offenzulegen und bei den Herstellern auf die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu dringen. Ich erwarte, dass künftig die Verhandlungen und auch das



kommen, wie gut die Auslieferung funktioniert, wie die Bundesländer das umsetzen. Nun kommen wir in eine Lage, in der spürbar mehr Impfstoff geliefert wird. Wie auch Olaf Scholz wiederholt deutlich gemacht hat, ist jetzt die Kernaufgabe von Bund, aber auch Ländern, die Verimpfung dieser hohen Mengen auch wirklich schnell zu ermöglichen. Wir können es uns nicht leisten, Impfstoffe auf Halde liegen zu lassen.

#### **Haben die Probleme bei der Impfstoffbeschaffung einen Vertrauensverlust in die EU bewirkt?**

**Barley:** Ich habe den Eindruck, dass die meisten Menschen nicht die europäische Idee infrage stellen, sondern ob die Europäische Union, so

wie sie im Moment verwaltet wird, dieses Problem in den Griff bekommen kann. Dieser Kritik müssen sich die EU und eben auch die Mitgliedstaaten stellen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Im Herbst haben wir das große Corona-Aufbaupaket von über 750 Milliarden Euro verabschiedet. Damit helfen wir unseren Volkswirtschaften insgesamt, wieder auf die Füße zu kommen. Das ist ein Meilenstein.

#### **Warum?**

**Barley:** Es ist echte europäische Solidarität. Die Starken helfen den Schwachen. Die südlichen Mitgliedstaaten sind wirklich tief dankbar. Und es geht da nicht ausschließlich um Geld, sondern auch darum, dass wir Corona-Intensivpatienten aus Frankreich aufgenommen haben, oder darum, dass wir Bundeswehrsoldaten nach Portugal geschickt haben, um in Krankenhäusern auszuhelfen.

**Post:** Das kann ich nur unterstreichen. Im Frühjahr 2020 waren wir alle von der Wucht der Pandemie überrascht, das hat nationale Reflexe ausgelöst. Es gab in Deutschland unabgestimmte Grenzsicherungen und Exportverbote für medizinische Geräte. Das kam bei den europäischen Nachbarn nicht gut an. Dann aber haben wir uns zusammengerauft. Das große Wiederaufbaupro-

gramm ist wirklich historisch und man kann das ja auch mal sagen: Ohne die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und ohne Olaf Scholz als Finanzminister und Vizekanzler, der ja den entscheidenden Durchbruch mit seinem französischen Amtskollegen durchgesetzt hat, hätten wir das nicht hingekriegt.

#### **Kritiker bemängeln, dass Deutschland für ärmere Staaten haftet, ohne die Gegenleistung von Strukturreformen.**

**Post:** Wenn die Wirtschaft unserer Nachbarländer einbricht, kann auch Deutschland nicht prosperieren. Überhaupt haben von Solidarität immer beide Seiten etwas: einzelne Mitgliedstaaten und die Europäische Union als Ganzes.

#### **Kann das die Basis sein für einen Neustart in der EU?**

**Post:** Die europäische Integration ist de facto ein permanenter Staffellauf. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft haben wir zentrale sozialdemokratische Projekte durchgesetzt, wie eben den Corona-Aufbaufonds. Jetzt hat Portugal übernommen, mit wichtigen Schwerpunkten im Bereich des sozialen Europas. Unter anderem wird es am 7. Mai in Porto einen Sozialgipfel geben. Da stehen europäische Mindestlöhne und gemeinsame Mindeststandards bei der Grundsicherung auf der Agenda: wichtige Projekte, die wir vorantreiben wollen.

**Barley:** Ich würde nicht direkt von einem Neustart reden wollen. Was wir brauchen, ist eine ständige kritische Betrachtung. Denn die Euro-

**Barley:** Aus europäischer Sicht ist es entscheidend, dass in Deutschland jemand an der Spitze steht, der Europa und die nationalen Interessen nicht als Gegensatz sieht, sondern als Interessen, die einander bedingen, und der auch die Kraft und das Format hat, nicht nur Deutschland zu leiten und zu führen, sondern auch die entscheidenden Impulse in Europa geben kann. Olaf Scholz hat, wie eben von Achim schon erwähnt, im Jahr 2020 eine ganz entscheidende Rolle gespielt, als die Zukunft Europas auf Messers Schneide stand. Er würde Europa so guttun.

**Post:** In der Tat, Olaf Scholz hat in den letzten Jahren als Vizekanzler und Finanzminister für Europa Verantwortung übernommen. Nicht nur wegen seiner entscheidenden Rolle bei der Einigung auf den Corona-Aufbaufonds. Von ihm wurde auch

## » Die Pandemie hat zunächst nationale Reflexe ausgelöst «

**Barley:** Europa funktioniert nicht, wenn in den Mitgliedstaaten gesagt wird: "Wir wollen lieber für uns bleiben." Das haben wir spätestens in der Finanzkrise gesehen. Die Erfahrung zeigt, dass wir gerade in Krisen mehr Europa brauchen, aber europäische Lösungen sehr gut organisieren und vor allem solidarisch handeln müssen.

**Sie haben beide die Erfolge aus dem letzten Jahr erwähnt. Es wurde ein neuer Haushalt beschlossen, samt Rechtsstaatsmechanismus. Es wurde ein Corona-Aufbaufonds verabschiedet. Bei den Brexit-Verhandlungen blieb die EU vereint.**

päische Union ist weit davon entfernt, perfekt zu sein. Wir wollen zum Beispiel eine große Konferenz zur Zukunft Europas veranstalten, auf der die Bürger ihre Wünsche äußern. Und zwar nicht nur die Akademiker in den Metropolen, sondern die Leute quer durch Europa, aus allen Ecken. Und dann lasst uns mal schauen, was wir besser machen könnten. Das wäre dann vielleicht doch ein Neustart.

**Im Herbst verlässt Angela Merkel nach 16 Jahren die europäische Bühne. Wer ihr nachfolgt, wird in Europa eine sehr wichtige Rolle spielen. Welche Voraussetzungen muss diese Person mitbringen?**

die im vergangenen Jahr beschlossene Reform des Euro-Rettungsschirms vorangetrieben, mit der sich die Euro-Zone besser für künftige Finanz- und Banken Krisen gewappnet hat. Auch den jetzt in der Krise geschaffenen Fonds für europäische Kurzarbeit hat er mit angestoßen. Wer auch immer die zukünftige Bundesregierung anführt, muss diese Projekte weiter voran bringen, denn wir haben in Europa noch viel vor.

Kontrollen am Grenzübergang nach Österreich. Deutschland hat diese im Februar eingeführt, um das Einschleppen von ansteckenderen Varianten des Coronavirus aus dem Hochrisikogebiet Tirol zu verhindern.





# IM OSTEN VIEL NEUES



MICHAEL ROTH  
MdB  
Staatsminister  
für Europa

**Die Europäische Union muss gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen.  
Ein Plädoyer für eine gemeinsame Ostpolitik. – Von Michael Roth**

**D**as Verhältnis zu Russland spaltet die Öffentlichkeit. Nicht erst seit der Vergiftung und der jüngsten Verurteilung Nawalnys, sondern bereits seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sind die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Deutschland mit dem östlichen Nachbarn schwer belastet. Doch wie mit einem Nachbarn umgehen, der sich immer mehr von der liberalen Demokratie abgrenzt, der zunehmend aggressiv auftritt und dabei keine Gelegenheit auslässt, die EU zu spalten?

Auch bei uns in der SPD wird um den richtigen Kurs gerungen, fühlen wir uns doch aus guten Gründen der Ostpolitik Willy Brandts verpflichtet. „Wandel durch Annäherung“ hat unbestreitbar unsere Welt friedlicher gemacht und einen unverzichtbaren Beitrag zur Einigung Deutschlands und Europas geleistet. Heute aber droht die Ostpolitik Willy Brandts zum bloßen Schlagwort zu werden – unter anderem für die nostalgisch verklärte Vorstellung, sie ließe sich eins-zu-eins auf das Hier-und-Jetzt übertragen. Denn der unreflektierte Ruf nach einer Rückbesinnung verkennt, was die Ostpolitik damals tatsächlich war. Und er ignoriert dabei allzu oft, was die Bestrebungen des Kremls heute sind.

Die Brandtsche Ostpolitik erkannte den Status quo zunächst an, um ihn dann zu ändern. Ziel war der friedliche Ausgleich mit unseren östlichen Nachbarinnen und Nachbarn. Dabei lag der Schlüssel für die Verständigung stets in Moskau. Wer beispielsweise Reiseerleichterungen für Menschen in der DDR erreichen wollte, brauchte die Zustimmung der kommunistischen Führung im Kreml. Einer solchen Zustimmung bedarf es heute glücklicherweise nicht mehr. Deutschland ist vereint, Polen, Litauen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei sind souveräne Staaten, mit denen wir die Mitgliedschaft in der EU tei-

len. Letztlich entsprang Willy Brandts Politik dem Koordinatensystem der Blockkonfrontation und half dabei, sie zu überwinden. Inzwischen ist die bipolare Welt aus den Zeiten des Kalten Krieges Geschichte. Ein Blick in unsere östliche Nachbarschaft verrät: Einen Status quo, den man heute anerkennen könnte, gibt es schlicht nicht. Zudem wird oft verkannt, dass auch in den Augen von Willy Brandt NATO-Mitgliedschaft und Westbindung als unverrückbare Bedingungen für eine neue Ostpolitik angesehen wurden. In einer Regierungserklärung 1969 sagte er: „Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und die Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten“.

Zentraler Bestandteil einer klugen Antwort heute muss eine konsequente „Ein-Europa-Politik“ sein. Im Umgang mit Russland brauchen wir einen europäischen Kurs der Geschlossenheit und Entschlossenheit. Denn wie man in den Verhandlungen über das Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich gemerkt hat, sind wir gemeinsam viel besser darin, unsere Werte und Interessen durchzusetzen. Wenn wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, dann können wir mit der geballten Kraft der EU gegenüber Russland effektiv für unsere Werte und Interessen eintreten. Bei allen legitimen nationalen Interessen muss die EU der maßgebliche Orientierungs- und Handlungsrahmen sein. Höchste Zeit also, dass wir eine strategische Debatte führen und eine gemeinsame europäische Russlandpolitik zur Priorität machen.

Trotz oder gerade wegen aller Differenzen darf Sprachlosigkeit im direkten Umgang mit Moskau keine Option sein. Die EU hat ein strategisches Interesse daran, den Dialog mit Russland zu pflegen. Dabei geht es nicht nur um das notwendige Management schwieriger Beziehun-

gen und die Vermeidung weiterer Eskalation. Wir müssen auch im Gespräch bleiben, um wertvolle Räume für zivilgesellschaftlichen Austausch offen zu halten. Zudem lassen sich zahlreiche internationale Bewährungsproben nur gemeinsam mit Russland lösen. Das gilt für die Beilegung von Konflikten, etwa in der Ukraine, in Belarus, Syrien oder Libyen. Das gilt für Fragen der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung. Und das gilt für globale Fragen wie den Klimawandel und die Bekämpfung von Epidemien. Gerade die Bereiche Umwelt, Klima und Gesundheit haben Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit, von der beide Seiten spürbar profitieren können.

Weiterhin auf Dialog zu setzen, bedeutet aber keineswegs, vor Präsident Putin zu kuschen oder Störendes zuzuschminken. Wenn es um unsere Werte und Interessen geht, dürfen wir die Auseinandersetzung nicht scheuen. Letztlich müssen und können wir beides: belastbare Kanäle für die Lösung gemeinsamer Probleme offenhalten und im direkten Umgang mit Moskau Klartext reden. Je schwieriger unser Verhältnis zu Russland ist, desto deutlicher sollte unsere Sprache sein. Wir dürfen keinerlei Zweifel daran lassen, dass unsere Grundwerte für uns Europäerinnen und Europäer nicht verhandelbar sind. Daher hat die EU im Fall Nawalny kein Blatt vor den Mund genommen und mit gezielten Sanktionen entschlossen reagiert. Die Botschaft: Ein schlichtes „Weiter so“ wird es nicht geben. Wenn Völkerrechtsbrüche und schwere Menschenrechtsverletzungen durch den Einsatz von chemischen Kampfstoffen begangen werden, wenn rechtsstaatliche Prinzipien und Bürgerrechte in Gefahr sind, dann geht uns das alle an. Gerade in Zeiten, in denen die russische Regierung nur eingeschränkt gesprächsbereit ist, müssen wir den „Wandel durch Annäherung“ auf Ebene der Zivilgesellschaft fortsetzen. Nur so können wir verhindern, dass sich die Menschen beider Länder weiter entfernen. Daher gilt es, die Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft, Sport und Medien aktiv zu fördern. Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Jugendaustausch zu. Junge Menschen sind die Brückenbauerinnen und Brückenbauer der Zukunft. Hier sollten wir durch Visaerleichterungen für junge Menschen ein Zeichen setzen, dass wir sie auch in Zeiten schwieriger Beziehungen nicht alleine lassen.

Wirklich klug kann eine europäische Russlandpolitik aber nur sein, wenn sie Teil einer ambitionierten europäischen Ostpolitik ist. Denn zu einer europäischen Ostpolitik des 21. Jahrhunderts, die sich nicht dem Denken in bloßen geostrategischen Einflussphären beugt, gehören eben nicht nur unser größter Nachbar, sondern gehören auch die anderen Staaten in unserer östlichen Nachbarschaft. Viele davon waren selbst Teil der Sowjetunion oder wurden von ihr beherrscht. Ihre Erfahrungen, ihre Sorgen und Ängste müssen wir ernster nehmen und besser mitdenken, als das in der Vergangenheit zuweilen der Fall war.



Der Kremlkritiker Alexej Nawalny auf dem Weg zum Gericht. Er wurde im Februar zu zweieinhalb Jahren Straflager verurteilt.

Gerade Deutschland kommt dabei die Rolle als Brückenbauer und Mittler zu. Im Kreise der EU sollten wir jetzt zügig weitere Anstrengungen unternehmen, um die sogenannte Östliche Partnerschaft zu stärken und unsere Partnerländer insbesondere bei Reformen in den Bereichen Rechtsstaat, Demokratie, Wirtschaft und Nachhaltigkeit bestmöglich zu unterstützen. Letztlich darf eine europäische Ostpolitik aber niemals dazu führen, dass souveräne, unabhängige Staaten zwischen ihren traditionellen Bindungen zu Russland und ihrer Europaorientierung zerrieben werden. Die Menschen in den Ländern sollen selbst über ihren Weg entscheiden können und nicht zwischen der EU und Russland wählen müssen. Sei es in Belarus oder andernorts. Auch dem russischen Präsidenten steht dabei kein Veto-Recht zu. Eine Hinwendung zu Europa bedeutet eben nicht zwangsläufig eine Abwendung von Russland.

Wenn wir wollen, dass Europa außenpolitisch handlungsfähiger wird, dann müssen wir auch bereit sein, unsere nationalen Interessen in die europäischen Interessen einzuordnen. So können wir es schaffen, unsere Werte und Interessen effektiv durchzusetzen. Gegenüber Russland braucht die EU heute einen realistischen Blick auf die Gegebenheiten, geschlossenes Auftreten gepaart mit klarer Haltung und nicht zuletzt einen langen Atem – mit gezieltem Druck, wo nötig, und Angeboten der Zusammenarbeit und Entspannung, wo möglich. Ernsthafte Reformbemühungen in Ländern der Östlichen Partnerschaft sollten mit zusätzlichen, attraktiven Angeboten der Kooperation und weiteren Annäherung eng begleitet werden. Eine glaubwürdige und konsequente europäische Ostpolitik ist ein unabdingbarer Schritt in Richtung der viel beschworenen „Weltpolitikfähigkeit“ der EU.

# Ganz Europa muss beim Klimaschutz mitziehen

**Die Europäische Union soll bis 2050 klimaneutral wirtschaften. Dieser dringend nötige Umbau muss sozial abgefedert werden. – Von Claudia Tausend**



CLAUDIA TAUSEND  
MdB  
Stellvertretende europapolitische Sprecherin

Europa soll im Jahr 2050 der erste klimaneutral wirtschaftende Kontinent sein. Mit dem 2019 von der Europäischen Kommission auf den Weg gebrachten „European Green Deal“ sollen dann in der EU nur noch so viele Treibhausgase ausgestoßen werden, wie aus der Atmosphäre wieder gebunden werden können.

Der fortschreitende Klimawandel und die Überlastung der Ökosysteme zwingen uns, rasch zu handeln. Der Markt leitet von sich aus keine ökologische Wende ein. Die Politik muss deshalb klare Vorgaben machen und Ziele setzen. Deshalb begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion den Vorstoß der EU-Kommission für den Green Deal ausdrücklich.

Da der Klimawandel eine grenzüberschreitende Herausforderung ist, macht eine Koordinierung auf europäischer Ebene Sinn. So setzt die EU den Rahmen für die Mitgliedstaaten und gibt die Richtung vor. Regelmäßige Berichte und Bewertungen der nationalen Maßnahmen erhöhen die Transparenz und tragen dazu bei, dass die Mitgliedstaaten angehalten sind, ihre Maßnahmen zum Klimaschutz zu erklären und vor allem, falls sie nicht ausreichen, zu verstärken. Klimaschutz kann nur erfolgreich

sein, wenn alle mitmachen. Am besten global. Aber wenn wir auf europäischer Ebene voranschreiten, ist schon viel gewonnen.

Dazu muss zuallererst das Europäische Klimagesetz umgesetzt werden, das gerade zwischen Rat und Europäischem Parlament verhandelt wird. Darin soll als erster Schritt eine Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 von mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 festgeschrieben werden. Dieses 2030-Klimaziel ist ein wichtiges Zwischenziel, um die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen, wie im Übereinkommen von Paris vereinbart. Bisher liegt dieses Ziel bei 40 Prozent.

Damit Deutschland die neuen Vorgaben aus Brüssel erreichen kann, setzt sich die SPD-Fraktion derzeit dafür ein, den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch deutlicher als bisher vorgesehen zu forcieren. Unter anderem mit der Anhebung der Ausbauziele für die Windenergie an Land sowie die Photovoltaik.

Zentrale Leitlinie für die SPD-Abgeordneten beim Klimaschutz ist, dass dieser sozial gerecht umgesetzt wird. Dass dies in ganz Europa gelingt, ist die große Herausforderung. Um den Kontinent zukunftsfest zu machen,

müssen wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammengebracht werden. Der ökologische Wandel darf nicht zu Lasten sozial Schwächerer gehen. Er muss stattfinden, aber er muss abgefedert werden für jene, die ihn sich nicht leisten können.

Wer etwa im Kohlebergbau gearbeitet hat, muss Aus- und Weiterbildungen finanziert bekommen, statt in die Arbeitslosigkeit entlassen zu werden. Dazu wurde der „Just transition Fund“ auf EU-Ebene eingerichtet in Höhe von 7,5 Milliarden Euro.

Der ökologische Umbau unserer Wirtschaft wird Arbeitsplätze kosten, er wird aber auch massenhaft neue Arbeitsplätze schaffen und einen Wettbewerb um Wissen und umweltfreundliche Technologien einleiten. Der European Green Deal setzt dafür den richtigen Rahmen. Jetzt kommt es darauf an, dass dieser mit sozial gerechten Maßnahmen ausgefüllt wird. Nur dann wird die Mehrheit der europäischen Bevölkerung den Weg hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell innerhalb der nächsten 30 Jahre auch mittragen.

# Fortschritt im Schneckentempo

**Noch immer liegen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der EU weit auseinander. Die Pandemie verschärft die Ungleichheit. Auf dem Sozialgipfel in Porto muss gehandelt werden. – Von Christian Petry**



CHRISTIAN PETRY  
MdB  
Europapolitischer Sprecher

O bwohl sie in den Gründungsverträgen der EU verankert ist, wurde die sogenannte „soziale Dimension“ von den Mitgliedstaaten lange vernachlässigt. Die Sozialpolitik ist nach wie vor in nationaler Hand. So sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Mitgliedstaaten noch immer sehr unterschiedlich, wie man an diesem Beispiel erkennt: Der gesetzliche Mindestlohn liegt in Bulgarien bei 1,87 Euro, während er in Luxemburg mit 12,38 Euro mehr als das Sechsfache beträgt.

Auch bei Armutsrisiko, sozialer Absicherung und Beschäftigung ist der Kontinent gespalten – das ist auch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Damals war die Bereitschaft gering, die Krise europaweit sozial abzufedern. Während die reichen Länder ihre eigene Wirtschaft großzügig unterstützten, litten ärmere Länder unter hoher Verschuldung und Arbeitslosigkeit.

Jetzt gibt es wieder eine europaweite Wirtschaftskrise. Doch dieses Mal reagierten die EU-Staaten solidarisch. Olaf Scholz hat als Finanzminister während der deutschen Ratspräsidentschaft wesentlich dazu beigetragen. Er setzte zusammen mit seinem französischen Amtskol-

legen den Corona-Wiederaufbaufonds über 750 Milliarden Euro sowie das europäische Kurzarbeitsprogramm SURE durch.

Es geht jedoch um mehr als solidarische Investitions- und Hilfsprogramme. Grundsätzlich gilt, dass ein gemeinsamer Binnenmarkt, in dem sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frei bewegen, soziale Sicherungssysteme aber nationalstaatlich organisiert sind, nicht vollendet ist. Er braucht dringend soziale Mindeststandards. Sonst werden der faire Wettbewerb und die Solidarität durch Lohn- und Sozialdumping gefährdet.

Doch wenn es um das Soziale geht, bewegt sich die EU leider im Schneckentempo. Konservative und liberale Regierungen bremsen beharrlich. 2017 wurde beim letzten Sozialgipfel im schwedischen Göteborg zwar die „Europäische Säule Sozialer Rechte“ beschlossen, doch diese ist nur ein zahlloser Grundrechtskatalog ohne jegliche Verpflichtungen. Darunter finden sich etwa Rechte auf angemessene Mindestlöhne oder Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Diese sozialen Rechte müssen zügig in die europäischen Verträge aufgenommen werden. Und vor allem müssen sie mit Gesetzen erfüllt werden.

Daran müssen die Mitgliedstaaten arbeiten, wenn sie sich im Frühling im portugiesischen Porto zum Sozialgipfel treffen.

Im Vordergrund muss die Einführung eines gemeinsamen Mindestlohnstandards stehen. Ein Mindestlohn von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianlohns würde in jedem EU-Land einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen, für eine höhere gesamtwirtschaftliche Nachfrage sorgen, und grenzüberschreitendes Lohndumping verhindern. Auch die Tarifbindung muss EU-seitig gefördert werden, zum Beispiel über das Vergaberecht.

Zudem muss es EU-weit Mindeststandards bei Grundsicherungsleistungen geben. So ließe sich auch „Armutswanderung“ in der EU unterbinden. Schlussendlich muss das Kurzarbeitsprogramm SURE in eine dauerhafte Arbeitslosenversicherung überführt werden, um in Krisenzeiten europaweit Massenarbeitslosigkeit abmildern zu können.

Ein sozialeres Europa ist möglich. Auf dem EU-Sozialgipfel in Porto kommt es am 7. Mai darauf an, das Versprechen von sozialem Schutz in der EU mit Leben zu füllen.



